



Sitzung des Einwohnerrates im Gemeindehaus Riehen, 2024.

# 100 Jahre Einwohnerrat Riehen – Demokratische Mitsprache im Wandel der Jahrzehnte

RETO JEMMI

Seit genau hundert Jahren wird die Riehener Politik vom Einwohnerrat (mit-)geprägt. Zehn Jahrzehnte sind vergangen, seit sich die ersten Ratsmitglieder versammelt hatten, um mit Argumenten und Gegenargumenten zum Wohl der Riehener Bevölkerung zu politisieren. Diese Zeit vom Anfang des Parlamentarismus in Riehen bis zum heutigen eingespielten Ablauf des Ratsbetriebes wollen wir näher betrachten. Parteien gingen unter und neue kamen, viele bekannte Namen prägten die dörfliche Politik, überraschende Siege und Niederlagen waren zu verzeichnen, Allianzen wurden geschmiedet und Seiten aus Opportunismus gewechselt. Dieser Streifzug durch die Riehener Politik wird nie vollständig sein und wird nur einige Höhepunkte und Merkwürdigkeiten (im wahrsten Sinne des Wortes) beleuchten, welche die letzten 100 Jahre unseres Einwohnerrates und das politische Leben in unserem Dorf geprägt haben.

## **DIE ERSTE WAHL ZEIGT DAS POLITISCHE KRÄFTEVERHÄLTNIS IN RIEHEN**

Im Vorfeld der ersten Wahlen am 25./26. Oktober 1924 zum Weiteren Gemeinderat (wie der Einwohnerrat damals noch hiess) formierten sich die bürgerlichen Parteien zu einem Wahlbündnis, der Bürgerlichen Vereinigung (BV), mit dem Ziel, eine Mehrheit im neuen Rat zu erlangen. Doch schon die ersten Wahlen waren von einem kleinen «Skandal» überschattet. Die Wahllisten erhielten damals

noch ihre Nummern nach der Reihenfolge des Eingangs. Obwohl die Sozialdemokratische Partei (SP) das Verzeichnis ihrer Kandidaten vor der BV abgegeben hatte, erhielt sie die Listennummer 2. Dieses (absichtliche oder unabsichtliche?) Malheur sorgte für grösste Aufregung.

Der Wahlausgang zeigte ein klares Bild über die Stärke der Parteien links und rechts der Mitte. Die Parteien der BV erreichten mit 18 Sitzen im damals noch 30-köpfigen Rat eine komfortable Mehrheit. Auf der linken Seite dominierte die SP mit zehn Sitzen, während die Kommunisten (KPS) mit einem Sitz nur eine kleine Abordnung stellten. Der dreissigste Sitz fiel an die vor Kurzem neugegründete «Niederholzpartei», welche die Interessen der «Niederhölzler» in den neuen Wohnkolonien vertrat und damit eher zum linken Lager zu zählen war. Der Sitz dieser nur kurz existierenden Partei fiel schon bei der nächsten Wahl an die KPS. Die Aufteilung der BV-Sitze erfolgte nach einem intern festgelegten Schlüssel. Die Freisinnig-Radikalen (RDV) und die Bürger- und Gewerbe-Partei (BGP) erhielten je fünf Sitze, die Liberalen (LDV) vier Sitze, die EVP drei Sitze und die (im reformierten Riehen immer noch eher kleine) katholische KVP (ab 1972 CVP) einen Sitz. Das Kräfteverhältnis der Riehener Parteien blieb bis in die Dreissigerjahre in etwa gleich.

Schon bei der konstituierenden Sitzung des neuen Parlaments am Mittwoch, 19. November 1924, im alten Gemeindefeudhaus (heute Alte Kanzlei / Haus der Vereine) kam es zu



Alte Kanzlei – Tagungsort des Weiteren Gemeinderates 1924–1961.

einem unwürdigen Seilziehen zwischen links und rechts. Alt Regierungsrat Eugen Wullschleger eröffnete als Alterspräsident die erste Sitzung um 20 Uhr. Zum Apell anwesend waren 28 von 30 Mitgliedern, zwei kamen zu spät. Als erste Amtshandlung des neuen Rats wurde Hans Stump (RDV) mit 25 von 26 gültigen Stimmen, also auch mit SP-Stimmen, zum Präsidenten gewählt. Als Statthalter schlug dann die SP Albert Abt senior vor. Die bürgerliche Mehrheit ging auf diesen Vorschlag nicht ein, sondern wählte mit ihren 18 Stimmen den ebenfalls sozialdemokratischen Eugen Wullschleger. Nachdem dieser aus Gründen der Parteidisziplin verzichtet hatte, wurde der bürgerliche Karl Roth (EVP) gewählt.

An der zweiten Ratssitzung, am 4. Dezember 1924, liess die SP eine Erklärung verlesen, dass alle Sozialdemokraten bis auf Weiteres aus allen Kommissionen zurücktreten würden, da ihre Partei selbst bestimmen wolle, welche Personen als ihre Vertreter zu gelten hätten. Dieses Hickhack, weil bürgerliche Mehrheiten öfters genehme Sozialdemokraten anstelle von offiziellen wählen, geht bis in unsere Zeit hinein. Mit Jakob Jutzler konnte die SP 1927 dann doch noch ihren ersten Statthalter stellen.

Im Rat kamen auch Kleinigkeiten zur Sprache und Diskussion, wie im März 1926 die Aufhebung des Verbots zur Betretung des Waldes (abseits der Waldwege) durch



Neues Gemeindehaus – Tagungsort des Weiteren Gemeinderates resp. Einwohnerrates seit 1961.

Schulkinder, was der Gemeinderat jedoch zum Schutz der Waldflora hatte beibehalten wollen. Eine Interpellation eines Ratsmitglieds im Sommer 1927 für den Erlass der Badetaxe von 20 Rappen für die Rieher Bevölkerung beantwortete der Gemeinderat abschlägig. Er führte an, dass die Badenden aus Weil das gleiche Recht hätten, und befürchtete sonst eine Überfüllung der Badeanstalt am Schlipf und die Unmöglichkeit einer entsprechenden Kontrolle.

Im Oktober 1927 kam der Antrag für die Bewilligung eines Kinomatographentheaters an der Baselstrasse in den Rat. Der Kirchenvorstand erhob Einsprache gegen ein Vergnügungsetablisement so nahe bei der Kirche. Der Antrag wurde abgelehnt, und Riehen bekam erst 1959 für zehn Jahre sein erstes und einziges Kino. Im Herbst 1928 erregte der Beschluss der Kantonsregierung, das Schlagwerk der Uhr am Burgschulhaus abzustellen, die Gemüter. Alle Interpellationen waren vergebens – die Uhr blieb stumm. Am 6. Juni 1928 erreichten die Streitigkeiten bei der Besprechung des Dienst- und Besoldungsreglements ihren Höhepunkt. Jakob Jutzler (SP) verliess mit seinen Anhängern nach heftigem Wortstreit den Saal, die Zurückgebliebenen beschlossen eine Vertagung für drei Wochen. Die Unzufriedenen verlangten hingegen eine ausserordentliche Sitzung nach einer Woche, sassen dann aber alleine im Saal – der

Rat war wegen zu wenig Anwesenden beschlussunfähig. Ein geschlossenes Abmarschieren einer der beiden Kampfgruppen während Verhandlungen ist übrigens zwischen 1924 und 1930 mehrmals vorgekommen.

### **DIE BANGEN KRIEGSJAHRE SCHWEISSEN DAS POLITISCHE RIEHEN ZUSAMMEN**

Die Dreissigerjahre waren geprägt durch das Aufkommen des Faschismus in vielen Ländern Europas, und damit wurde auch autoritäres Gedankengut salonfähig. Für diese rechtsstehenden Gruppierungen wurden linke Parteien immer mehr zum Feindbild. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf das ländlich geprägte, mehrheitlich konservative Riehen. Bei den Wahlen in den Dreissigerjahren schrumpfte die Anzahl Ratssitze der SP um 30 Prozent auf nur noch sieben Sitze, diejenige der KPS gar um 50 Prozent auf einen Sitz. Im Jahr 1940 verbot der Bundesrat die Kommunistische Partei, sodass die Opposition im Riehener Parlament nur noch aus der Delegation der SP bestand, die sich einem übermächtigen bürgerlichen Block gegenüber sah.

Zu der Bürgerlichen Vereinigung (BV) kam mit den Wahlen 1936 als weitere lose politische Vereinigung die sogenannte «Dorfgruppe» (ab 1948 Dorfpartei Riehen) hinzu, welche bis 1951 jeweils drei respektive vier Sitze erobern konnte. Mit dem 1940 erstmals angetretenen Landesring der Unabhängigen (LdU) erreichte die BV mit 23 von 30 Ratssitzen und damit einer etwas mehr als Dreiviertel-Mehrheit schliesslich ihren kräftemässigen Höhepunkt.

Seit 1933 wehte am Riehener Bahnhof, der von der deutschen Reichsbahn betrieben wurde, die Hakenkreuzfahne. Dieses Symbol des Nationalsozialismus mitten in Riehen zeigte augenscheinlich die Bedrohung der Schweiz und insbesondere Riehens, dessen Gemeindegebiet zu Dreivierteln vom Deutschen Reich umschlossen war. Diese schleichende

Bedrohung und der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs schweisste Riehen zusammen, und man fand während den Kriegszeiten zu einem politischen Burgfrieden.

Im Herbst 1944 wurden im Grenzgebiet zum Deutschen Reich von alliierten Fliegern vornehmlich Bahnanlagen bombardiert, aus Versehen auch diejenigen auf Schweizer Boden. Im Weiteren Gemeinderat wurde daraufhin diskutiert, wie und wo sogenannte Fliegerkreuze auf Dächern und im freien Feld als Grenzmarkierungen anzubringen seien, da man sich mit der quer durch das Dorf Riehen verlaufenden deutschen Wiesentalbahn als besonders bedroht sah.

Die Wahlen 1942 endeten durch zwei Sitzgewinne der SP mit einer leichten Verschiebung der Kräfte. Doch kaum waren die Kriegsjahre zu Ende, war es auch mit dem Burgfrieden vorbei. Die Wahlen 1945 brachten die wieder erlaubten Kommunisten zurück, diesmal jedoch unter dem unverdächtigeren Namen «Partei der Arbeit» (PdA). Sie errangen auf Anhieb vier Sitze, die sie zu gleichen Teilen der BV und der SP abnahmen.

Mit dem Kriegsende wurden einzelne Politiker mutig. Im Rat wurde ein Anzug eingereicht mit der Forderung, der Gemeinderat habe dafür zu sorgen, dass Ausländer, die aktiv für den Nationalsozialismus eingetreten waren, auszuweisen seien und dass gegen Schweizer Nazi-Sympathisanten gerichtlich vorzugehen sei – inklusive Publikation aller Namen.

Politische Ränkespiele innerhalb der bürgerlichen Parteien bei der Wahl des Gemeindepräsidenten 1945 hatten Folgen. Der Riss in der BV war nicht mehr zu kitten, die einzelnen Parteien agierten immer selbstständiger. Eine weitere Folge der Wahl von 1945 war, dass sich einige Liberale mit der laxen Haltung ihrer Kantonalpartei nicht einverstanden erklären konnten und deswegen zur kleinen EVP wechselten, die sich daraufhin als Vereinigung

evangelischer Wähler (VEW) neu gruppierte und 1948 auf Anhieb vier Sitze im Weiteren Gemeinderat gewann.

Eine kleine Anekdote wert ist 1948 auch, dass die BV erstmals mit Fotografien für ihre Kandidaten warb. Prompt stichelte die SP (welche nicht als Erste auf diese Idee kam), dass dies wohl vom dürftigen Inhalt des Wahlaufrufes ablenken solle. Die BV gewann bei der Wahl drei Sitze hinzu, einen zulasten der SP und zwei auf Kosten der PdA. Zwei Wahlen später, 1954, konnte sich auch die SP der Moderne nicht verweigern und brachte in ihrer Wahlwerbung Kandidatenporträts. Um sich aber von den bürgerlichen Fotografien zu unterscheiden, verwendete sie Zeichnungen.

### **ERNEUERUNG DER POLITISCHEN STRUKTUREN**

Ein Grossratsbeschluss von 1951 hatte einen grossen Einfluss auf das politische Riehen. Der Weitere Gemeinderat (Legislative) wurde von 30 auf 40 und der Gemeinderat (Exekutive) von fünf auf sieben Mitglieder erweitert. Das Wahljahr 1951 brachte in der Riehener Politik einige andere Neuerungen. Die VEW und die KVP marschierten erstmals ausserhalb der BV, weil sie sich bei der listeninternen Sitzverteilung benachteiligt fühlten, und gewannen auf Anhieb sieben respektive vier Sitze. Die Dorfpartei Riehen fusionierte mit der BGP, die nun gemeinsam als «Bürgerliche Dorfpartei» auftraten und so sieben Sitze eroberten, aber immer noch innerhalb der BV. Dies alles hatte auf die Stärkenverhältnisse zwischen dem Links- und Rechts-Lager keinen grossen Einfluss. Die bürgerlich-konservative BV vereinigte immer noch 18 Sitze auf sich und das bürgerliche Mitte-Lager (VEW und KVP) elf Sitze. Die bürgerliche Seite hatte also mit 29 Sitzen immer noch ihre fast Dreiviertel-Mehrheit gegenüber der SP mit neun und der PdA mit zwei Sitzen.

Mit dem Austritt der freisinnigen RDV und dem LdU zerbrach 1953 die BV endgültig und wurde offiziell aufge-

löst. Für die nächsten drei Wahlgänge fanden nur noch die Liberalen mit der neuen Bürgerlichen Dorfpartei als «Vereinigte Dorfliste» zu einem Bündnis zusammen. Auf die Wahlen 1954 hin wurde per Grossratsbeschluss die Legislaturperiode von drei auf vier Jahre erweitert und die Amtsperiode des Präsidenten und Statthalters des Weiteren Gemeinderates auf zwei Jahre beschränkt, sodass seither in der Mitte der Legislatur jeweils neue Parlamentsspitzen zu wählen sind.

Die nächsten zehn Jahre blieben politisch eher ruhig, die Wahlresultate änderten an den Parteienstärken relativ wenig. Die Nachkriegsjahre waren geprägt von einem wirtschaftlichen Aufschwung und einem grossen Bevölkerungswachstum, hauptsächlich im neuerschlossenen Niederholzquartier. Die gewaltsame Niederschlagung des Ungarnaufstands 1956 durch sowjetische Panzer hatte ihre politischen Auswirkungen bis nach Riehen. Die kommunistische PdA verlor bei den Wahlen 1958 ihre beiden Sitze, die der LdU erben konnte.

1956 wurde erstmals von einer Umfahrungsstrasse für Riehen gesprochen. Die Riehener Politiker wollten eine Wiesentalstrasse, die von der Lörracherstrasse über die Weilstrasse und danach rechtsufrig die Wiese entlang nach Basel führen sollte. Da die Weiler Behörden dagegen waren, verlief die Sache im Sand. Der alternative Vorschlag, die Strasse auf dem Trasse der Wiesentalbahn zu bauen und diese damit aufzuheben, wurde vom Gemeinderat abgelehnt, weil damit das Dorf durch eine «Autobahn» durchschnitten würde.

Schon 1959 wurde erstmals im Rat angeregt, hinter dem Landgasthof eine Tiefgarage für Autos und Velos anzulegen, was dann aber nicht mehr weiterverfolgt wurde. Wie lange dieses Thema Riehen beschäftigen wird und dass bis heute kein Projekt ausgeführt wurde, ahnte damals wohl niemand.



Warten aufs Tram im Dorfzentrum, 1954.

Das neue Gemeindehaus konnte 1961 eingeweiht werden, und am 4. Oktober 1961 tagte der Weitere Gemeinderat zum ersten Mal in «seinem» Saal, dem heutigen Einwohnerratssaal.

Nach den Wahlen 1962 wurde auch die Vereinigte Dorfliste aufgelöst, und die Bürgerliche Dorfpartei taufte sich 1965 um in Bürgerliche Mittelstands- und Gewerbeapartei (BMG). Sie nahm noch zweimal selbstständig an Wahlen teil und fusionierte 1972 schliesslich endgültig mit den Liberalen.

In der kantonalen Abstimmung 1969 wurde Riehens Wunsch nach einer Umfahrungsstrasse um den Dorfkern abgelehnt und in der gleichen Vorlage die Grundwasserschutzzone der Langen Erlen so angelegt, dass eine grosszügige Umfahrungsstrasse für immer verunmöglicht wurde. Die Wut darüber in Riehen war gross, aber alle Interpellationen im Rat änderten am Mehrheitsbeschluss der Stadtbevölkerung nichts.

Um ein weiteres Verkehrsproblem zu lösen, bewilligte der Weitere Gemeinderat 1970 einen Planungskredit, um die Tieferlegung der Wiesentalbahn von der Rainallee bis zur Landesgrenze zu prüfen. Moment – kommt einem das nicht bekannt vor? Die Tieferlegung 1970 verlief im Sand – hoffentlich bringt die heutige Neuauflage ein besseres Resultat.



Die alte Riehener Badi an der Weilstrasse, 1920er-Jahre.

## **FRAUENSTIMMRECHT UND NEUE PARTEIEN AN DEN POLITISCHEN RÄNDERN**

Die politischen Umwälzungen der Sechzigerjahre brachten endlich auch in der Schweiz das Frauenstimmrecht. Nachdem schon 1958 die Riehener Bürgergemeinde als allererstes politisches Gremium der Schweiz das Stimm- und Wahlrecht für Frauen eingeführt hatte, zog der Kanton Basel-Stadt 1966 (und damit auch die Einwohnergemeinde Riehen) nach und 1970 konnten erstmals auch die Frauen auf kommunaler Ebene an den Wahlen teilnehmen. Gewählt wurden vier bürgerliche Frauen: Elisabeth Arnold (VEW), Helen Hauri (LdU), Gret Im Hof (LDV) und Elsbeth Stuber (VEW). Die freisinnige RDV (ab 1973 FDP) verlor drei Sitze an die VEW. Die Beteiligung der Frauen an den Wahlen und Abstimmungen wirkte sich in Riehen nicht gross auf die Stimmbeteiligung aus. Diese ging sukzessive zurück und erreichte 1986 mit 38 Prozent ihren Tiefststand. Erst mit der Einführung der Briefwahl nahm das Interesse der Stimmberechtigten am politischen Geschehen wieder zu. Im Frühjahr 1973 bewilligte der Weitere Gemeinderat die Übernahme der Trägerschaft und der Betriebsdefizite des bisherigen Diakonissenspitals, während das Kantonsspital die betriebliche Bewirtschaftung sicherstellte. Die Führung und Finanzierung eines eigenen Gemeindespitals gestaltete sich in den folgenden Jahrzehnten immer schwieri-



Tramhaltestelle Riehen-Dorf, 1948.

ger und gipfelte in der Schliessung Knall auf Fall 2009. Die Wahlen 1974 schreckten die etablierten Parteien gehörig auf, denn drei Parteien der politischen Ränder gelang der Sprung in den Weiteren Gemeinderat. Nach 20 Jahren konnte die kommunistische PdA wieder einen Sitz erringen, ebenso die mit ihr in einer Listenverbindung angetretenen, erst 1970 gegründeten Progressiven Organisationen Basel (POB). Diese beiden marxistisch-leninistisch politisierenden Parteien nahmen ihre beiden Sitze der SP ab. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums konnte die rechts-populistische Nationale Aktion (NA) zwei Sitze zulasten der Liberalen und des LdU erringen. Der Tonfall der politischen Diskussionen wurde schärfer. Kaum gewählt, reichte an der konstituierenden Sitzung im Mai 1974 das neue POB-Ratsmitglied Klaus Vetter seine erste Interpellation betreffend die «skandalösen Arbeitsbedingungen und ungenügende technische Ausrüstung des Riehener Spitals» mit 30 (!) Fragen ein. Gemeindepräsident Gerhard Kaufmann musste alle Fragen einzeln beantworten. Als der Interpellant nochmals auf etliche Fragen zurückkommen wollte, waren die übrigen Ratsmitglieder etwas genervt und der Präsident erklärte den Schluss der Sitzung. Es sollten noch viele weitere Interpellationen von Klaus Vetter folgen. 50 Jahre nach Gründung des Weiteren Gemeinderats hatte sich 1974 der Charakter des Dorfparlamentes mit dem



Parkplatz Gemeindefhaus, 1972.

Einzug weiblicher Ratsmitglieder und neuer Parteien ziemlich verändert. Nach Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs beschäftigten nun die Ölkrise, die langsam aufkommenden Umweltsorgen (Stichwort saurer Regen) und das Aufbegehren der Jugend für mehr politische Mitsprache (68er-Revolten, Jugendkrawalle) für die nächsten Jahre die Ratsdebatten.

### **VISIONÄRE IDEEN FÜR RIEHEN**

Jede Generation entwickelt neue visionäre Ideen, so auch in Riehen gegen Ende der Siebzigerjahre. Mit rund 20 000 Einwohnenden wuchsen auch die Ansprüche an eine zeitgemässe Infrastruktur für die Gemeinde. Zum zunehmenden Autoverkehr der eigenen Bevölkerung kam der Durchgangsverkehr vom Wiesental nach Basel. So wurden im Weiteren Gemeinderat die seit den Fünfzigerjahren verfolgten Ideen für eine Umfahrungsstrasse in der Wieseebene im Gebiet Bachtelen und Brühl, die den Dorfkern entlasten sollte, wieder zur Diskussion gebracht. Auch ein grosses Frei- und Hallenbad entlang der Baselstrasse bis Ecke Weilstrasse stünde Riehen gut an, fanden viele Ratsmitglieder. Derweil planten Lörrach und Weil eine Zollfreistrasse quer durch Riehener Gebiet unterhalb des Schlipfs. Aus der Umfahrungsstrasse ist wegen dem Widerstand der Bevölkerung und aus dem Badeplausch aus finanziellen

Gründen nichts geworden. Heute befindet sich die Fondation Beyeler auf diesem Gelände. Die Realisierung der Zollfreistrasse musste noch manche Hürden nehmen. Jahrelang stritten sich die politischen Gremien dies- und jenseits der Landesgrenzen um die Linienführung, Voll- oder Teiluntertunnelung oder gar kein Tunnel? Nicht besser erging es den vielen Ideen für ein unterirdisches öffentliches Parking im Bereich Dorfzentrum/Bahnhof. Zahlreiche Projekte wurden geplant und verworfen oder bei einer Abstimmung abgelehnt. Das visionäre Projekt eines Parkings ist das langlebigste, denn jede Generation bis heute hat wieder neue Ideen zur Lösung der Verkehrsprobleme in Riehens Zentrum.

Anderen Visionen für Riehens Zukunft war mehr Erfolg beschieden. Obwohl zu Anfang von der Politik skeptisch beurteilt, wurden die Mittel für die Geothermie-Bohrungen bewilligt. Jahre respektive viele Baustellen für die Wärmeverbunds-Leitungen später, zeigt sich der Erfolg. Der anfängliche Versuchsbetrieb für eine Tempo-30-Zone im Niederholz ist heute, trotz zeitweisem politischem Widerstand, auf das ganze Gemeindegebiet ausgedehnt. Nachdem die Riehener Frauen seit zehn Jahren im Weiteren Gemeinderat politisierten, wurde für die Amtsperiode 1980–1982 Elisabeth Arnold (VEW) zur ersten Präsidentin des Rats gewählt.

Am 28. September 1983 läutete erstmals das Glöcklein der Alten Kanzlei die Sitzung des Weiteren Gemeinderats ein. Zum Abschluss der letzten Sitzung im alten Jahr bekam jedes Ratsmitglied jeweils einen Laib Brot als Anteil an der Naturalabgabe des Maienbühlhofes.

Die Kräfteverhältnisse im Riehener Parlament verschoben sich Ende der Siebziger- bis Ende der Achtzigerjahre zwischen Links-Mitte-Bürgerlich nicht wesentlich. Verschiebungen gab es eher innerhalb der Gruppen, wobei die extremen Parteien ganz links und ganz rechts nach

wenigen Jahren wieder ausschieden. Eine Zäsur erlebte 1982 die kantonale SP, als ein Teil der Mitglieder wegen interner Meinungsverschiedenheiten bezüglich der neuen Ausrichtung auf ökologische und soziale Themen austrat und die Demokratisch-Soziale Partei (DSP) gründete. Deren drei Sitzgewinne bei den Riehener Wahlen 1986 gingen auf Kosten der SP und VEW.

Im Jahr 1986 gab es eine weitere gewichtige Umstellung. Der Weiterer Gemeinderat änderte nach 62 Jahren per 1. Mai 1986 seinen Namen in «Einwohnerrat». Einerseits, um sich an den gängigen Begriff für ein Gemeindeparlament anzupassen, wie es in den Baselbieter Gemeinden mit einer Volksvertretung üblich ist, andererseits, um die vielfache Namensverwechslung mit der Exekutive, dem Gemeinderat (inoffiziell zur Unterscheidung manchmal auch «Engerer Gemeinderat» genannt) zu verhindern.

Was heute mit dem Thema Klimawandel die Gemüter bewegt, fing in den Achtzigerjahren mit den Diskussionen um das Waldsterben an. Dies führte zur Gründung zahlreicher grüner Bewegungen und Parteien, die zunehmend Siege bei Wahlen und Abstimmungen verbuchen konnten. Bei den Wahlen 1990 konnte die neue Partei Grüne Mitte (GM) auf Anhieb zwei Sitze erringen. Da auch die SP zwei Sitzgewinne verbuchen konnte, wurde das links-ökologische Lager gestärkt zulasten der traditionellen Mitte aus VEW, CVP und LdU, die diese vier Sitze verlor. Für den LdU war dies sein letzter verbliebener Sitz – sie löste sich daraufhin 1996 auf.

## **DIE KANTONALEN STEUERINITIATIVEN BRINGEN RIEHEN MEHR AUTONOMIE**

Es tönt irgendwie paradox, aber der Druck der kantonalen Steuerinitiativen in den Neunziger-/2000er-Jahren verstärkte den Willen in der Riehener Politik, finanzielle Mittel lieber in die Übernahme bisheriger kantonalen

Aufgaben zu investieren als Teil in die Kantonskasse zahlen zu müssen.

Eine erste kantonale Initiative zum Abbau der Steuerunterschiede zwischen Basel und Riehen verlangte höhere Abgaben der Rieherer Steuerzahlenden in die Kantonskasse. Aufgrund der riesigen Stimmenmehrheit der Stadtbevölkerung und des befürchteten Neidfaktors bestand eine reelle Gefahr, dass Riehen von der Stadt Basel eine Steuererhöhung aufgezwungen worden wäre. Um dem Grundanliegen der Initianten entgegenzukommen, aber gleichzeitig die Autonomie von Riehen zu stärken, konnte nach zähen Verhandlungen erreicht werden, dass Riehen weitere Aufgaben im Gesundheits- und Sozialsektor (über eine Summe von 1,5 Millionen Franken) vom Kanton übernahm und jährlich eine Finanzausgleichszahlung (damals ca. 4 Millionen Franken) leistete. Daraufhin wurde die Initiative 1992 zurückgezogen.

Auch die Wahlen der Neunzigerjahre änderten nicht viel an den stabilen Parteistärken im Einwohnerrat. Es gab nur kleine Verschiebungen. 1994 gingen die drei Sitze der aufgelösten POB an die SP und die DSP. Die Grüne Mitte (GM) war inzwischen in der Grünen Partei (GP) aufgegangen, und die VEW verlor einen Sitz (innerhalb ihrer Parteifamilie) an die erstmals angetretene Junge VEW. Noch geringer waren die Verschiebungen 1998, wo die bürgerliche Seite zwei Sitze stärker wurde.

Mit dem neuen Jahrtausend mischte eine neue Partei die Rieherer Politik auf, die es in den letzten 20 Jahren geschafft hat, mandatsmässig zur grössten bürgerlichen Fraktion im Einwohnerrat zu werden: die Schweizerische Volkspartei (SVP). Obwohl die SVP schweizweit in den Jahrzehnten zuvor zur wählerstärksten Partei aufgestiegen war, konnte sie im Kanton Basel-Stadt lange nicht Fuss fassen, weil hier das bürgerliche Terrain mit FDP und LDP gut besetzt war. Doch seitdem sie ab 1999 im Nationalrat

die grösste Fraktion bildete, war ihr Einzug in das Rieherer Parlament nur eine Frage der Zeit. Wie zu erwarten war, holte die SVP 2002 ihre ersten vier Sitze nicht zulasten der Linken aus SP und GP, die stabil blieben, sondern rechts der Mitte.

Im Jahr 2002 gingen die Emotionen hoch, als neuerlich zwei kantonale Steuerinitiativen eingereicht wurden und diesmal eine Abstimmung nicht verhindert werden konnte. Um diese zu entschärfen, wurde auch über zwei Gegenvorschläge abgestimmt, die milder ausgestaltet waren. Die Entscheidung der Stimmberechtigten war eindeutig: Initiativen und Gegenvorschläge wurden in den Landgemeinden haushoch verworfen, die städtische Mehrheit bestimmte aber mit der Ablehnung der Initiativen und Annahme der Gegenvorschläge, dass die Rieherer Bevölkerung nun anstatt 50 Prozent nur 60 Prozent der vollen Kantonssteuer an die Kantonskasse abzuliefern hatte. Immerhin war die Steuerschlüsselerhöhung auf fünf Jahre befristet unter der Auflage, weitere Kantonsaufgaben zu übernehmen.

Auf Anfang 2004 wurden mit dem Reformprojekt PRIMA neue Arbeitsstrukturen des Gemeinderats respektive der Gemeindeverwaltung eingeführt. Der Einwohnerrat konnte nun mit der Verabschiedung des mehrjährigen Politikplans und der Genehmigung von Leistungsaufträgen und Globalkrediten für die einzelnen Produktgruppen Einfluss auf die verschiedenen Politikbereiche nehmen. Das Besondere an den Wahlen 2006 war, dass die Sitzstärken der Parteien erstaunlich stabil blieben. Einzig ein Sitz wanderte von der DSP zur LDP.

Auf 2008 hin wurden nach vielen Jahren der Verhandlung die finanziellen Verhältnisse zwischen Kanton und Landgemeinden neu geordnet. Riehen übernahm per Schulbeginn 2009 die Verantwortung auch über die Primarschulen. Um dieses Kostenvolumen von rund 20 Millionen Franken finanzieren zu können, wurde der Steuer-

schlüssel dahingehend abgeändert, dass anstatt bisher 60 Prozent neu noch 55 Prozent der vollen Kantonssteuern in die Kantonskasse abgeführt werden mussten, das heisst mehr Steuergelder bei Riehen verblieben. Auch war Riehen neu an den Erträgen der Vermögenssteuern beteiligt, die bisher ausschliesslich an den Kanton gegangen waren. So gerne man aus Autonomieüberlegungen Aufgaben übernehmen wollte, so sehr wollte man dies nur tun, wenn es finanziell ohne Steuererhöhungen für die Riehener Bevölkerung möglich war. Als Fazit der jahrelangen Steuerdiskussionen kann gesagt werden, dass die Steuerinitiativen am Schluss die Autonomie von Riehen stärkten, weil durch ihren Druck vom Kanton Basel-Stadt Aufgaben an Riehen übertragen worden sind, welche die damals finanzschwache Gemeinde gegen Ende des 19. Jahrhunderts an den Kanton abgetreten hatte.

## **DIE SPITALSCHLIESSUNG VERURSACHT POLITISCHE TURBULENZEN**

Wohl keiner ahnte, welcher Sturm folgen würde, als der Einwohnerrat im Herbst 2008 beschloss, wegen den schweizweit bevorstehenden Umwälzungen in der Spitallandschaft den Weiterbetrieb des Gemeindespitals nur dann zu ermöglichen, wenn ein leistungsfähiger Kooperationspartner und eine Erfolg versprechende Strategie vorgelegt werden könne.

Ende März 2009 kam der Gemeinderat zum Schluss, dass das kleine, hoch subventionierte Gemeindespital angesichts der neuen nationalen Spitalfinanzierung keine realistischen Zukunftschancen habe. Er beschloss, den Baurechtsvertrag für das Gemeindespital nicht zu erneuern, und schlug die Überführung in ein Gesundheitszentrum vor. Der Verlust der in der Bevölkerung äusserst beliebten Institution führte zu einem Sturm der Entrüstung, der sich unter anderem in einer grossen Demonstration



Das alte Riehener Diakonissen- später Gemeindespital.

vor dem Gemeindehaus entlud; etwas, was Riehen schon lange nicht mehr gesehen hatte. Dem Gemeinderat wurde eine schlechte Kommunikation vorgeworfen und Geheimniskrämerei, weil zuvor weder der Einwohnerrat noch die zuständige Sachkommission informiert worden waren. Die SVP, welche damals noch nicht im Gemeinderat vertreten war, nutzte nun jede Gelegenheit vor den Wahlen, ihr Profil als kompromisslose Opposition zu schärfen, und lancierte eine Initiative zur Spitalrettung. Die Abstimmung im September 2009 brachte dann doch einen klaren Entscheid. Der Gemeinderat legte mit der Spitalinitiative einen Gegenvorschlag zur Abstimmung vor, der ein Gesundheitszentrum mit ambulanten Angeboten und einer stationären Geriatriespitalabteilung der Adullam-Stiftung vorsah. Mit 70 Prozent Ja-Stimmen hatten sich die Stimmberechtigten klar für den Gegenvorschlag und ebenso deutlich gegen die Initiative ausgesprochen. Damit kehrte aber nur kurz Ruhe ein. Der nächste Konflikt entspann sich um das geplante Naturbad als Ersatz für die wegen des Baus der Zollfreistrasse abgebrochene

alte Riehener Badi. Nachdem der Einwohnerrat den Projektierungskredit bereits früher und die Zonenänderung im November 2009 abgesehen hatte, ergriff SVP-Politiker Karl Schweizer, unmittelbarer Nachbar des neuen Naturbades, das Referendum. Im April 2010 stimmte die Riehener Bevölkerung aber mit wuchtigen 68 Prozent der neuen Badi zu. Danach ging es Schlag auf Schlag. Die Riehener Wahlen im Februar 2010 brachten die grössten politischen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte. Mit der Grünliberalen Partei (GLP) kam eine neue politische Kraft ins Spiel, während die DSP, die sich ein Jahr zuvor aufgelöst hatte, nicht mehr dabei war. Drei Koalitionen bildeten sich: die SP, das Grüne Bündnis (GB) und die EVP (bis 2006 VEW) traten als Mitte-Links-Bündnis an, die CVP und GLP als Mitte-Rechts-Bündnis, die FDP und LDP als bürgerliches Bündnis, nur die SVP zog alleine in den Wahlkampf. Ausser der FDP verloren alle Parteien, die im Gemeinderat waren, Wähleranteile. Am meisten die LDP, die vier Sitze an die SVP verlor und damit fast die Hälfte ihrer Mandate. Von der SP ging ein Sitz an das Grüne Bündnis und von der EVP einer an die neu angetretene GLP, die einen zweiten Sitz von der nicht mehr existierenden DSP erben konnte. Siegerin der Wahlen war eindeutig die SVP, mit nunmehr acht Sitzen die grösste Fraktion. Erstaunlicherweise änderten diese Wahlen abermals nichts an den Links-Rechts-Stärken, da die Verschiebungen innerhalb der Blöcke stattfanden.

### **ZOLLFREISTRASSE UND NATURBAD - WAS LANGE WÄHRT ...**

Zwei lang geplante und lang umstrittene Projekte fanden ihren Abschluss. Die Zollfreistrasse wurde im Oktober 2013 nach fünf Jahren Bauzeit mit einem grossen binationalen Fest ihrer Bestimmung übergeben. Heute sind die erbiterten Streitigkeiten längst vergessen und im Nachgang ist auch die einst unansehnliche Lörracherstrasse auf-

gewertet worden. Gleichsam schicksalhaft mit dem Bau der Zollfreistrasse verbunden war der Abbruch der alten Riehener Badi und die Projektierung als neues Naturbad. Auch hier verzögerten Einsprachen und ein Referendum den Baubeginn. Doch im Juni 2014 konnte das neue, auch architektonisch gelungene Naturbad eingeweiht werden. Die Einwohnerratswahlen 2014 änderten an den Blockstärken nicht allzu viel. Die SVP gewann wieder einen Sitz, diesmal zulasten der GLP. Wie schon mehrmals zuvor wechselte im linken Lager ein Sitz die Seiten, diesmal von den Grünen zur SP. Nun kamen die drei bürgerlichen Parteien SVP, FDP und LDP mit 20 Sitzen auf genau die Hälfte aller Mandate, während die Mitte aus EVP, CVP und GLP sowie die Linke mit SP und Grünen je zehn Sitze und damit exakt je ein Viertel auf sich vereinigten.

Auch die Wahlen 2018 brachten nach einem lauen Wahlkampf kaum Bewegung in die bekannten Blöcke. Die SVP verlor ihren vor vier Jahren gewonnenen Sitz, die GLP gewann ihren damals verlorenen Sitz zurück und ein Sitz wechselte von der FDP zur LDP.

Erst 2022 gab es im Einwohnerrat nach über 20 Jahren mit stabilen Stärkenverhältnissen einige markante Veränderungen. Die SP wurde mit zwei Sitzgewinnen zur stärksten Fraktion, sie übernahm diese Sitze auf Kosten der SVP und der GLP, die je einen Sitz verloren. Von den bisher von den Grünen gehaltenen zwei Sitzen ging einer an ihre Schwesterpartei BastA! Der bürgerliche Block aus SVP, LDP und FDP hat nun noch 18 Sitze, die Mitte aus EVP, Die Mitte (bis 2021 CVP) und GLP zehn Sitze und die Linke mit SP, Grüne und BastA! neu zwölf Sitze. Wenn man die Trennung strikt in der Mitte zieht, hat Mitte-Links (mit der EVP) 17 Sitze und Mitte-Rechts (mit Die Mitte und GLP) 23 Sitze.

Kein Links- oder Rechts-Block hat eine zum Voraus bestimmte Mehrheit, denn je nach Sachgeschäft – ob ökologisch oder gesellschaftlich – stimmen die Mitte-Parteien

mal mit der einen oder anderen politischen Seite. Dies macht die politischen Debatten im Einwohnerrat immer mal wieder spannend. Am erstaunlichsten ist die Stabilität der Partei Die Mitte (vormals CVP) in Sachen Sitze. Seit 1990 verteidigt sie in jedem Wahlgang ihre drei Ratsmandate, während alle anderen Parteien immer wieder Sitze gewinnen oder verlieren.

Eine besondere Stellung in Riehen hat die andere, auch auf konfessioneller Basis politisierende Partei: Die EVP (vormals VEW) wurde 1970 mit elf Mandaten zur stärksten Fraktion und behielt ihren bestimmenden Einfluss auf die Riehener Politik als ‹Zünglein an der Waage› zwischen den Bürgerlichen und den Linksparteien rund 30 Jahre lang bis in die 2000er-Jahre. Aber auch heute noch ist sie mit fünf Sitzen eine der einflussreichsten Parteien in Riehen.

### **AUCH NACH 100 JAHREN - DIE RIEHENER POLITIK BLEIBT SPANNEND**

Ein spezielles Kapitel der Einwohnerratsgeschichte sind die Parteiwechsel während einer laufenden Legislaturperiode, die sich in den letzten 25 Jahren gehäuft haben. Dass Ratsmitglieder das Mandat, für das sie gewählt wurden, mit zur neuen Partei nehmen und damit die Fraktionsstärken beeinflussen, wird in der Regel nicht goutiert und sorgt für böses Blut unter den Parteien.

Die 1998 auf der Liste der Schweizer Demokraten (SD, bis 1990 NA) gewählte Eleonore Schaub trat im April 1999 aus der Partei aus und politisierte zunächst als parteiloses Ratsmitglied, ehe sie der LDP beitrug und 2002 zwar wieder kandidierte, aber ihren Sitz verlor. Einen noch grösseren ‹Sprung› machte zum grossen Erstaunen in der Riehener Politikszene der langjährige SP-Politiker Peter A. Vogt 2001, als er zur SVP übertrat und damit einer Partei zu einem Sitz verhalf, die sich noch gar nie einer Wahl in Riehen gestellt hatte. Die SVP gewann 2002 bei ihrer ersten



Riehen mit dem Dorfzentrum um die St. Martinskirche.

Wahlbeteiligung vier Sitze, verlor aber sogleich wieder einen, als Walter J. Ziegler noch vor Beginn der Legislatur aus der SVP austrat und sich für parteilos erklärte. Nach einem Intermezzo in der kurzlebigen Schweizerischen Bürger-Partei (SBP) ab Juli 2004 schloss er sich vor Ende der Legislatur 2006 der DSP an. Wiederkandidaturen unter dem Namen W. Jean Ziegler 2006 bei der DSP und 2010 nochmals bei der SVP scheiterten aber klar.

Die Selbstauflösung der DSP 2009 zwang auch zwei weitere langjährige Politiker, sich eine neue politische Heimat zu suchen. Der amtierende Einwohnerrat Hans Rudolf Lüthi schloss sich zunächst als Parteiloser und später als reguläres Parteimitglied der LDP-Fraktion an, und Parteipräsident Christian Heim wechselte zur SVP. Beide waren in den folgenden Wahlen erfolgreich. Für grosse Verstimmung bei der EVP sorgte im August 2009 der überraschende Parteiwechsel mitsamt Ratsmandat ihres ehemaligen Kantonalpräsidenten Heinrich Überwasser zur SVP, für die er noch heute im Rat sitzt. Im Jahr 2018 verlor die EVP nochmals einen Sitz, als der auf der EVP-Liste gewählte David Moor noch vor Legislaturbeginn in die GLP übertrat.

Zum Abschluss noch ein paar interessante Zahlen aus der Statistik: Der Einwohnerrat traf sich in seiner 100-jährigen Geschichte zu total 854 Sitzungen. Von den insgesamt 436 Ratsmitgliedern, die seit 1924 die Riehener Politik prägen, waren 358 Männer und 78 Frauen. Die Suche nach dem jüngsten je gewählten Mitglied des Einwohnerrats, dem beim Rücktritt ältesten und demjenigen mit der längsten Amtsdauer hat ergeben, dass die «Rekorde» fast alle in die heutige Zeit fallen. 2010 wurde Lukas Strickler (CVP) mit 19 Jahren zum jüngsten Einwohnerrat bei Amtsantritt, dicht gefolgt mit 20 Jahren von Salome Hofer (SP) 2006 und Joris Fricker (SP) 2022. Der älteste Einwohnerrat ist immer noch aktiv: Peter A. Vogt (SVP) hat mit 85 Jahren den Altersrekord. August Ursprung (KVP) war 1962 bei seinem Rücktritt 78 Jahre alt und Hans-Rudolf Lüthi (DSP/LDP) trat 2021 mit ebenfalls 78 Jahren von seinem Mandat zurück. Den Rekord an bisherigen Amtsjahren hält ebenfalls Peter A. Vogt (mit drei Wiedereinstiegen nach jeweils einem Jahr Unterbruch). Wenn man seine SP-Jahre ab 1986 und SVP-Jahre seit 2001 zusammenzählt, hat er den Ratsaal schon während 35 Jahren von innen gesehen (und der Zähler läuft weiter). Hans Rudolf Lüthi kam von 1989 bis 2021 auf 32 Jahre, den dritten Rang mit je 30 Jahren teilen sich Ernst Späth (BGP/BDP/BMG) von 1940 bis 1970 und Fritz Bachmann (LdU) von 1958 bis 1988. Gleichsam ein Wiederholungstäter ist Heinrich Thommen (KPS/PdA), der den Comeback-Rekord mit vier kurzen Wiedereinstiegen zwischen 1932 und 1956 hält.

Bei der Durchsicht der Protokolle des Einwohnerrats fällt auf, dass früher wie heute in Form von Anzügen oder Interpellationen zahlreiche neue Projekte, Ideen oder Anregungen in den Rat gebracht worden sind, die selten einstimmig gutgeheissen, sondern meistens kontrovers diskutiert und vielfach abgeschmettert wurden. Und doch sind viele dieser Ideen dann wieder aufgegriffen und nach etlichen

Jahren realisiert worden. Die Geothermie, das Naturbad, die Tempo-30-Zonen und die Kleinbuslinien 35 und 45, heute in Riehen nicht mehr wegzudenken, sind nur ein paar Beispiele, dass in Riehen was lange währt auch gut werden kann. Andere visionäre Ideen wie ein grosses Frei- und Hallenbad, ein riesiges Sportzentrum auf dem Brühl, eine Tiefgarage im Dorfzentrum oder eine Dorfkernumfahrung sind nie der Realisierung nahegekommen.

Nun sind 100 Jahre seit Einführung des Einwohnerrats vergangen. In den ersten Jahrzehnten, in denen die Gemeinde Riehen nur eine geringe Autonomie gegenüber dem Kanton Basel-Stadt besass, wurden an den Ratssitzungen hauptsächlich Grundstücksgeschäfte, Reglemente und die jährlichen Budgets und Jahresrechnungen behandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierten immer wieder grössere und umstrittene Bauvorhaben die Ratsdebatten. Erst ab den Sechzigerjahren bemühte sich Riehen um mehr Autonomie. Die Übernahme von bisherigen Kantonsaufgaben und deren Implementierung in die Gemeindestrukturen sind seither Dauerthemen der Ratstätigkeit. Wie mir ehemalige und heutige Einwohnerratsmitglieder berichteten, waren in früheren Jahren die Ratsdebatten von gegenseitigem Respekt geprägt, niemand wurde persönlich attackiert und nach hitzigem Schlagabtausch ging man nach der Sitzung mit den politischen Gegnerinnen und Gegnern noch ein Bier trinken (und weiterdiskutieren). Es entstanden auch Freundschaften über die Parteigrenzen hinweg. Manchmal konnte man über die Fraktionspräsidien Allianzen zwischen den Parteiblöcken schmieden und mit Kompromissen gute Lösungen finden. Heute ist der Politikalltag rauer geworden und es wird eher versucht, einzelne Parteiinteressen kompromisslos durchzusetzen.

Ein optimaler Einwohnerrat besteht aus einer guten Durchmischung, sei es von progressiven bis bürgerlichen



Der Einwohnerrat 2006 mit Präsident Thomas Strahm und Statthalter Thomas Meyer (vorne Mitte).

Parteien, einem ausgewogenen Verhältnis von Frauen und Männern sowie jüngeren wie älteren Mitgliedern, bis hin zur Vertretung von vielen unterschiedlichen Berufsgattungen. Eine fruchtbare und respektvolle Zusammenarbeit im Rat für das gemeinsame Ziel, mit guten und fairen Kompromissen die besten Lösungen für Riehen zu erarbeiten, sind und müssen weiterhin die Grundlagen der Ratstätigkeit sein. Denn auch nach einem Jahrhundert sind die Aufgaben und Herausforderungen für den Einwohnerrat gross und spannend. Wir dürfen stolz sein auf unser 100-jähriges Dorfparlament.

**QUELLEN:**

- Dokumentationsstelle Riehen: Protokolle des Weiteren Gemeinderats resp. Einwohnerrats 1924–2024.
- Raith, Michael: Gemeindekunde Riehen, 2. Auflage Riehen 1988.
- Raith, Michael: Zweihundert Jahre gelebte Demokratie, in: Jahrbuch z'Rieche 1999.
- Raith, Michael: Zweihundert Jahre gelebte Demokratie – Die Jahre nach dem Krieg, in: Jahrbuch z'Rieche 2000.
- Schindel, Ralph: Giftiger Wahlkampf führt zu Kräfteverschiebung, in: Jahrbuch z'Rieche 2010.
- Schindel, Ralph: Der grosse Umbruch, in: Jahrbuch z'Rieche 2014.
- Vernarelli, Loris: Wenn zwei Stimmen über Freud' und Leid entscheiden, in: Jahrbuch z'Rieche 2018.
- Vögelin, Hans Adolf: Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, in: Riehen – Geschichte eines Dorfes, Riehen 1972.
- Zinkernagel, Robert: 50 Jahre Weiterer Gemeinderat der Einwohnergemeinde Riehen, in: Jahrbuch z'Rieche 1974.
- Interview mit Christoph Bürgenmeier, ehemaliger LDP-Einwohnerrat 1986–1994 und ehemaliger LDP-Gemeinderat 1994–2018.
- Interview mit Nicole Hausammann, ehemalige SP-Einwohnerrätin 1992–2002.